

SCHWEIZ

SOLARENERGIE

Vermeintlich neue Zürcher Auflagen für PV sind gar nicht neu

Zürich/Bern (energate) - Im Kanton Zürich sollen neue Brandschutzvorschriften für PV-Anlagen an höheren Gebäuden gelten - das berichteten jüngst mehrere Schweizer Medien. Das sei so aber nicht korrekt, stellte jetzt die Vereinigung Kantonalen Feuerversicherungen (VKF) mit Sitz in Bern gegenüber energate klar. Am 20. Mai hatte beispielsweise der Blick eine Meldung von Keystone-SDA mit dem Satz eingeleitet, die Zürcher Gebäudeversicherung würde "an grösseren Gebäuden keine Solarpanels mehr an der Fassade" tolerieren.

Kernaussage der Meldung: Wer im Kanton Zürich ein Haus mit über elf Metern Höhe und einer Solarpanel-Fassade bauen will, muss neu mittels Brandtests nachweisen, dass sich ein Feuer an der Fassade nicht weiter als über zwei Stockwerke ausbreitet. Die Zürcher Gebäudeversicherung sei dabei schweizweit die einzige, die solche Tests für die gesamte Konstruktion verlange. Dem hat die VKF nun in einer Mitteilung widersprochen. Gegenüber energate bestätigt die Vereinigung, dass dies eine Reaktion auf die Medienberichterstattung der vergangenen Tage sei. Auch der Leiter des VKF-Geschäftsbereichs Brandschutz, Michael Binz, erklärt auf Nachfrage, bei Gebäuden mit einer Höhe von über elf bis 30 Metern und einer brennbaren Fassade gelte schweizweit die Nachweispflicht, dass sich ein möglicher Brand nicht übermässig ausbreiten kann. Für noch höhere Gebäude ab 30 Metern seien zusätzliche Auflagen zu beachten. Neu seien diese Vorschriften keinesfalls. Die aktuell gültige Brandschutzvorschrift datiere aus dem Jahr 2015, so Binz. "Auflagen für brennbare Fassaden gab es aber schon immer in den Brandschutzvorschriften." Sie seien nicht nur bei der Installation von PV-Modulen an der Fassade zu beachten, sondern bei sämtlichen Fassadensystemen.

Aktuell laufen Brandversuche zu PV-Fassaden

Der Unterschied zu anderen Systemen wie beispielsweise Holzfassaden liege darin, dass noch keine entsprechenden Prüfungen vorliegen und es deshalb für PV-Fassaden noch keine Branchenlösung anhand eines Stand-der-Technik-Papier

INHALTSVERZEICHNIS

SCHWEIZ

Vermeintlich neue Zürcher Auflagen für PV sind gar nicht neu	1
Zaptec hat Ladetechnologie patentiert	1
EWL senkt Gaspreise	2
Axpo-Tochter versorgt deutsche Solarindustrie mit Solarstrom	2
Susi Partners erwirbt Mehrheit an US-amerikanischem Projektentwickler	2
JPMorgan Chase lässt CO2-Emissionen von Climeworks entfernen	2

DEUTSCHLAND

Studie plädiert für Wasserstoffkraftwerke in Süddeutschland	3
Wärmewende nun auch in den Netzen	4
Wasserstoff wird weiter günstiger	5

EUROPA

RWE plant CCS in Großbritannien	5
---------------------------------	---

gebe, erklärt Binz. Das habe die Branche bisher nicht gemacht. Mangels einer solchen Lösung müssten Bauherren deshalb individuelle, auf das jeweilige Gebäude abgestimmte Brandschutzkonzepte bei den kantonalen Behörden einreichen. Zurzeit werde das Brandverhalten von PV-Anlagen an Häuserfassaden jedoch untersucht. Anhand dieser Versuche arbeite der Branchenverband Swissolar momentan ein Stand-der-Technik-Papier aus, wie es bereits für Holzfassaden oder Dach-PV-Anlagen existiert./mj

E-MOBILITÄT

Zaptec hat Ladetechnologie patentiert

Zürich (energate) - Die Firma Zaptec mit Hauptsitz in Norwegen erhält das Patent für ihre Technologie zum Laden von Elektrofahrzeugen. Das vom Europäischen Patentamt ausgestellte Dokument könne in allen europäischen Ländern geltend gemacht werden kann - auch in der Schweiz, wie die Zaptec-Niederlassung in Au bei Zürich gegenüber energate bestätigte. Das Patent werde auch in China und Japan anerkannt, heisst es. "Nun kann keiner mehr unser Produkt nachahmen", lässt CEO Peter Bardenfleht-Hansen verlauten. Denn das Patent mache die norwegische Technologie "für intelligente Stromnutzung einzigartig", betont die Firma, die gemäss ihrem CEO lange auf die Patenterteilung gewartet hat. Die nun patentgeschützte Technologie ermöglicht nach Fir-

menangaben mehr kosteneffektive Infrastrukturinstallationen in grossen Anlagen, wo mehrere Elektrofahrzeuge gleichzeitig geladen werden. Die Technologie beruht laut der Mitteilung auf einem dynamischen Phasenausgleich, sodass alle drei Leiter, die Strom leiten, genutzt werden können. Wenn ein Leiter belegt oder überlastet sei, wechsele das System automatisch auf einen anderen Leiter, um die Energie dort zu nutzen.

CEO von Zaptec Schweiz: "Wie ein Bartresen"

Florian Kienzle, CEO von Zaptec Schweiz, macht dazu den Vergleich zu einem Bartresen mit drei Zapfanlagen und betont, dass es mit der Zaptec-Technologie für Wechselstrom-Ladegeräte "kein Problem mit dem automatischen Umschalten und dem dynamischen Nachfüllen von Energie" gebe. Zaptec betreibt als Anbieterin von AC-Ladestationen kein eigenes Ladenetz in der Schweiz, sondern legt den Fokus auf Ladestationen für die Nutzung durch Private oder Firmen am eigenen Standort oder an sogenannten "Points of Interest"./at

VERTRIEB

EWL senkt Gaspreise

Luzern (energate) - Energie Wasser Luzern (EWL) senkt die Gaspreise für ihre Kundinnen und Kunden per 1. Juli um 2,50 Rappen pro Kilowattstunde. Laut einer Mitteilung des Luzerner Versorgers gilt die Preissenkung für die Produkte "EWL Mixgas" und "EWL Basisgas". "EWL Mixgas" weist einen Anteil von 20 Prozent Biogas auf, "EWL Basisgas" besteht ausschliesslich aus fossilem Gas. Wie dem noch nicht aktualisierten Preisblatt per 1. Mai zu entnehmen ist, beträgt der Arbeitspreis für die ersten 5.000 kWh Gasbezug beim Produkt "EWL Mixgas" 15,01 Rp./kWh. Der weitere Bezug bis zu einem Verbrauch von 50.000 kWh kostet 13,92 Rp./kWh. Beim Produkt "EWL Basisgas" liegen die entsprechenden Werte bei 13,87 Rp./kWh respektive 12,78 Rp./kWh. Alle Preise verstehen sich exklusive Mehrwertsteuer und ohne CO₂-Abgabe. Bei EWL setzt sich der Arbeitspreis aus Staffelpreisen zusammen. Die ersten 5.000 Kilowattstunden werden zum Preis der ersten Staffel abgerechnet. Für grössere Bezüge werden nacheinander die nächsthöheren Staffeln verrechnet./mg

HANDEL

Axpo-Tochter versorgt deutsche Solarindustrie mit Solarstrom

Baden (energate) - Axpo Deutschland wird den Siliziumwafer-Hersteller Siltronic zehn Jahre mit Solarstrom versorgen. Der Strom werde zu einem Festpreis und auf der Grundlage eines fixen Fahrplans geliefert, gab Axpo bekannt. Einen entsprechenden langfristigen Stromabnahmevertrag (Power Purchase Agreement, PPA) hätten die beiden Parteien heute unterzeichnet. Im Rahmen des Zehn-Jahresvertrags wird Axpo jährlich 60 GWh erneuerbare

Energie aus Photovoltaik-Anlagen in Deutschland beziehen und an die beiden Produktionsstätten von Siltronic in Burghausen (Bayern) und Freiberg (Sachsen) liefern. "Dank unserer jahrzehntelangen Erfahrung auf dem Gebiet von PPAs können wir die PV-Produktion problemlos in ein festes Profil umwandeln. Dies ermöglicht es Siltronic, bereits heute zu wissen, wie viele Megawattstunden ihre Einrichtungen in den nächsten zehn Jahren zu jedem Zeitpunkt erhalten werden", so Johannes Pretel, Managing Director von Axpo Deutschland, über den Vertragsabschluss./mg

FINANZIERUNG

Susi Partners erwirbt Mehrheit an US-amerikanischem Projektentwickler

Zug/Zürich (energate) - Der Schweizer Investmentmanager Susi Partners hat über den Susi Energy Transition Fund (SETF) eine Mehrheitsbeteiligung am US-amerikanischen Projektentwickler Encore Renewable Energy erworben. Encore ist auf die Entwicklung, den Bau und den Betrieb von dezentralen Solar- und Batteriespeicheranlagen spezialisiert. "Als Teil der Transaktion wird SETF zusätzliches Eigenkapital zur Verfügung stellen", teilte Susi Partners mit. Encore solle damit seinen Anlagenbestand weiter ausbauen und sich zu einem unabhängigen Stromerzeuger weiterentwickeln können, so das Schweizer Unternehmen weiter.

Susi plant Kapitalbasis des SETF zu erhöhen

Laut Susi Partners ist der Erwerb der Mehrheitsbeteiligung an Encore für die Flaggschiff-Eigenkapitalstrategie SETF die zweite Investition in den USA nach dem Erwerb eines 100-MW-Portfolios an netzgebundenen Batteriespeicherprojekten in Süd-texas im Sommer 2022. Der Investmentmanager berichtet ferner von einem voranschreitenden Investitionsfortschritt durch die existierenden Plattformen und weiteren attraktiven Anlagemöglichkeiten in der Pipeline. Man plane daher, die Kapitalbasis von SETF im Jahr 2023 weiter zu erhöhen./mg

EMISSIONEN

JPMorgan Chase lässt CO₂-Emissionen von Climeworks entfernen

Zürich (energate) - Climeworks wird künftig für die US-amerikanische Grossbank JPMorgan Chase CO₂-Emissionen aus der Luft entfernen. Der Vertrag habe einen Wert von über 20 Mio. US-Dollar, teilte das Schweizer Technologieunternehmen mit. Es handle sich damit um einen der bisher grössten Verträge zur Entfernung von Kohlendioxid in der Direct-Air-Capture-Branche (DAC), so Climeworks weiter. Weitere Angaben zum Vertrag machte das Unternehmen nicht. Es betonte jedoch, dass die Vereinbarung einen neuen Standard für den freiwilligen Kohlenstoffmarkt einläute. "Vereinbarungen dieser Grössenordnung und darüber hinaus sind das, was

von Unternehmen, die von Netto-Null-Plänen zu Netto-Null-Fortschritten übergehen, unmittelbar benötigt und erwartet wird. Sie ermöglichen den Aufbau von Kapazitäten, die wir alle brauchen, um die globale Erwärmung in grossem Maßstab und im Einklang mit den neuesten Erkenntnissen der Klimawissenschaft zu bekämpfen - ergänzend zur Emissionsreduzierung", kommentierte Climeworks./mg

DEUTSCHLAND

ADD-ON GAS & WÄRME

Studie plädiert für Wasserstoffkraftwerke in Süddeutschland

München (energate) - Um den Kohleausstieg bis 2030 zu ermöglichen, eignen sich flexibel steuerbare Gaskraftwerke, die perspektivisch mit grünem Wasserstoff betrieben werden können. Vor allem an Standorten in Süddeutschland könnten sie in Zukunft einen wertvollen Beitrag zum Engpassmanagement leisten. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Transportnetzbetreiber Tennet, Gasunie Deutschland und Thyssengas in Zusammenarbeit mit dem bayerischen Fernleitungsnetzbetreiber Bayernets. Die Untersuchung "Quo vadis Wasserstoffkraftwerke" ist eine Folgestudie zu "Quo vadis Elektrolyse", die Tennet, Gasunie und Thyssengas im September 2021 vorgestellt haben.

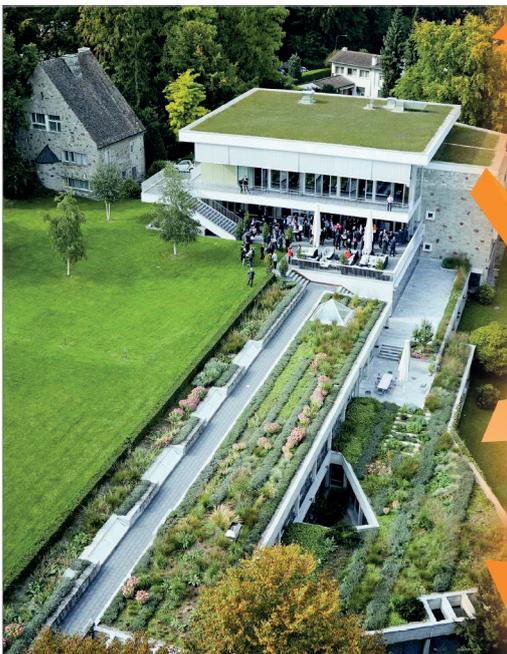
Der Fokus der neuen Untersuchung liegt auf dem Einsatz von grünem Wasserstoff in der Stromerzeugung. Neben dem Ausbau erneuerbarer Energien und dem damit einhergehenden Netzausbau seien auf dem Weg zur Klimaneutralität 2045 zwingend auch gesicherte Erzeugungskapazitäten notwendig, mit denen Dunkelflauten, Erzeugungsschwankungen und Verbrauchsspeaks aufgefangen werden können, heißt es vonseiten

der Netzbetreiber. Im Gegensatz zum bereits jetzt mit Strom aus Windkraft reich ausgestatteten Norden, könnten zusätzliche und verbrauchsnahe Kraftwerkskapazitäten in Süddeutschland effektiv Redispatchleistung zur Verfügung stellen, die Tennet für Engpässe im Übertragungsnetz benötigt. Hierfür müsse das aktuell geplante Wasserstoffnetz frühzeitig und zielgerichtet bis nach Süddeutschland ausgebaut werden.

Infrastrukturen integrativ denken

"Unsere Ergebnisse unterstreichen einmal mehr, dass wir Gas- und Strominfrastrukturen sowie Nord- und Süddeutschland integrativ denken müssen", betonte Tim Meyerjürgens, COO von Tennet. Die Elektrolyse müsse vornehmlich da stattfinden, wo erneuerbare Energien in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen - so das Ergebnis der ersten Studie. Das ist vor allem an den Küsten der Fall. Neben dem Ausbau des Übertragungs- und Verteilnetzes müsse vor diesem Hintergrund auch die Gasinfrastruktur soweit möglich umgerüstet und parallel eine Wasserstoffinfrastruktur aufgebaut werden. Große Elektrolyseure an der Küste liefern dann Moleküle nach Süddeutschland, um die Industrie mit Wasserstoff zu versorgen. "Gleichzeitig sehen wir großes Potenzial für Wasserstoffkraftwerke in Süddeutschland, die uns in Zeiten von Stromflauten gesicherte Kraftwerksleistung bereitstellen. So können wir auch mittel- und langfristig teure Netzeingriffe minimieren, die Versorgungssicherheit gewährleisten und den Industriestandort Deutschland nachhaltig wettbewerbsfähig gestalten", so Meyerjürgens.

Die Studie zeigt mehrere Potenzialregionen für die Entstehung von Wasserstoffkraftwerken entlang des geplanten Wasserstoffnetzes in Süddeutschland. Besonders geeignet sind nach Angaben der Netzbetreiber dabei Standorte entlang der Gasnetze von Bayernets. Die Auswahl dieser Standorte gehe mit zusätzlichen Investitionen auf Gasnetzseite einher, um





VERTEILNETZ FORUM

20. Juni 2023

Gottlieb Duttweiler
Institute, Rüschlikon

Versorgungssicherheit
Regulierung
Grundversorgung
Netzoptimierung
Energiewende

PARTNER



we make energy easy



SmartGrid
ready



Swistec

Kraftwerke an das Wasserstoffnetz anzuschließen. Aus der Sicht eines möglichst effizienten und kostenoptimalen Betriebs des Stromnetzes sollten Standorte innerhalb des Tennet-Netzgebiets im Südosten von Bayern frühzeitig in den Fokus geraten, heißt es. Eine frühzeitige Anbindung von Südbayern an das geplante Wasserstoffnetz könne einen signifikanten Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten.

Gasnetz spielt zentrale Rolle

Wasserstoff sei das ideale Medium, um Energie in großen Mengen aus dem Norden Deutschlands nach Süden zu transportieren sowie über lange Zeiträume zu speichern, so Matthias Jenn, Geschäftsführer der Bayernets GmbH: "Aus diesem Grund muss das vom Gesetzgeber jüngst angestoßene Wasserstoffkernnetz, das wir sehr begrüßen, alle potenziellen Standorte für Wasserstoffkraftwerke in Süddeutschland anbinden." Das Gasnetz spiele bei der Transformation eine zentrale Rolle, ergänzte Thomas Gößmann, Vorsitzender der Geschäftsleitung der Thyssengas GmbH: "Die bereits vorhandenen Erdgasleitungen lassen sich vergleichsweise kostengünstig auf Wasserstoff umrüsten und durch ergänzende Neubauten zu einem H2-Netz verbinden." /tc

GESETZENTWURF

Wärmewende nun auch in den Netzen

Berlin (energate) - Durch neue Wärmenetze soll bereits ab 2024 65 Prozent grün erzeugte Energie strömen. Für Bestandsnetze wird voraussichtlich ab 2030 ein Erneuerbarenanteil von 50 Prozent gelten. Das geht aus dem knapp 90-seitigen Gesetzentwurf zur Wärmenetzplanung hervor, der energate vorliegt. Er stammt aus dem Bundesbauministerium. Das Ziel: Die leitungsgebundene Wärmeversorgung grüner machen. Bisher seien Maßnahmen nicht ausreichend, Heiz- und Prozesswärme und Warmwasserversorgung bis 2045 komplett auf erneuerbare Energien und Abwärme umzustellen, heißt es im Entwurf. Das Gesetz zur Wärmenetzplanung steht im Zusammenhang mit dem vom Kabinett bereits verabschiedeten Gebäudeenergiegesetz, das Vorgaben für den Einbau neuer Heizungen ab 2024 macht.

Die Bundesländer sollen künftig Wärmepläne in ihrem Hoheitsgebiet aufzustellen, die Möglichkeiten zur Dekarbonisierung aufzeigen. Die Länder können diese Aufgabe an die Kommunen übertragen. Die Wärmepläne sollen den Netzbetreibern, aber auch Unternehmen und Haushalten vor Ort einen Planungs- und Investitionsrahmen bieten. Wird etwa das Fernwärmenetz vor Ort ausgebaut, können Verbraucher auf den Austausch alter Heizungen verzichten.

Zielszenario 2045

Städte und Gemeinden mit mehr als 100.000 Einwohnenden müssen ihre Wärmepläne bis Ende 2026 vorlegen, bei einer Bevölkerung von über 10.000 gilt eine Frist bis Ende 2028. Für

kleine Kommunen sind generelle Ausnahmen möglich. Auch für Kommunen, die bereits entsprechende Pläne erstellt haben, greift die Vorgabe nicht. Zum Verfahren macht der Entwurf genaue Vorgaben: Zunächst soll es eine Bestandsanalyse der Infrastruktur geben, dann Potenziale aufgezeigt werden, wie sich der Anteil von Erneuerbaren und Abwärme bis hin zum Zielszenario einer klimaneutralen Versorgung 2045 steigern lässt.

Begrenzung für Biomasse

Bei der Erneuerbarenpflicht für Bestandsnetze sieht der Entwurf verschiedene Ausnahmen vor. So muss der Anteil von 50 Prozent erneuerbare Wärme erst 2035 erfüllt werden, wenn im Netz eine über das KWK-Gesetz geförderte fossile Anlage in Betrieb ist. Grundsätzlich können Landesbehörden auch längere Fristen einräumen, wenn Betreiber "unzumutbare wirtschaftliche Härte" anmelden. Klare Grenzen setzt die Bundesregierung dem Einsatz von Biomasse. In neuen Netzen darf der Anteil je nach Länge maximal 35 Prozent betragen, in Bestandsnetzen 25 Prozent. Die Netzbetreiber müssen laut Entwurf bis Ende 2026 einen Transformationsplan für ihre Infrastruktur vorlegen. Bereits eingereichte Pläne behalten ihre Gültigkeit.

Mit dem Gesetz will die Bundesregierung zudem den Bau von Anlagen, die Wärme in Netze einspeisen und den Bau der Netze selbst als in "überragendem öffentlichen" liegend Interesse einstufen. Genehmigungsverfahren können so schneller ablaufen.

20 Milliarden bis 2045

Der Umbau der Wärmeversorgung vor Ort wird aktuell über die Bundesförderung effiziente Wärmenetze unterstützt. Das Programm ist mit 3 Mrd. Euro ausgestattet. Diese Summe dürfte für die gesteckten Ziele des Wärmenetzgesetzes bei Weitem nicht ausreichen. So beziffert allein Vattenfall die Kosten für den Umbau der Wärmeversorgung in Berlin auf 3 Mrd. Euro. Im Gesetzentwurf heißt es, der zusätzliche Aufwand, um bestehende Netze umzubauen, sei wegen der verschiedenen technischen Möglichkeiten schwer zu beziffern. In einem "mittleren" Szenario fallen demnach Kosten von 20 Mrd. Euro bis 2045 an, heißt es weiter. Die Finanzierung ist aber nicht die einzige Hürde: Für das Aufstellen der Pläne braucht es entsprechendes Personal in den Kommunen, das nicht überall vorhanden sein dürfte.

Zeitplan für GEG wackelt

Laut aktueller Planung soll das Kabinett das Gesetz zur Wärmenetzplanung Ende Juni verabschieden. Das parlamentarische Verfahren würde dann erst nach der Sommerpause starten. Möglicherweise wird es dann parallel mit dem Gebäudeenergiegesetz diskutiert werden - wie von verschiedenen Seiten ohnehin gefordert. Denn der Plan von Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne), das GEG vor der Sommerpause durch das Parlament zu bringen, steht auf der Kippe. SPD, Grüne und FDP einigten sich am 23. Mai darauf, den Gesetz-

entwurf diese Woche nicht in erster Lesung im Bundestag zu diskutieren. Die Liberalen fordern eine Überarbeitung des Gesetzes im Ministerium. Grüne und SPD wollen dagegen Änderungen im parlamentarischen Verfahren beschließen./kw

"HYDEX" WOCHENBERICHT (KW 21)

Wasserstoff wird weiter günstiger

Bonn (energate) - Die allgemein fallende Preisentwicklung an den kurzfristigen Energiemärkten setzte sich auch vergangene Woche weiter fort. Getrieben durch die hohe Solar- und etwas gestiegenen Windeinspeisung korrigierten die kurzfristigen Strommärkte in der vergangenen Woche deutlich nach unten. Die Spotpreise gaben im Wochendurchschnitt um 24 Prozent nach. Dadurch verringerten sich auch die Herstellungskosten für grünen Wasserstoff. Der Hydex "Green" notierte durchschnittlich im Mittel bei 148 Euro/MWh (4,92 Euro/kg) und damit 35 Euro/MWh (1,17 Euro/kg) niedriger als in der Vorwoche.

Die Gasmärkte zeigten sich wie in den vergangenen Wochen entspannt. Die geringe Nachfrage, das sehr gute LNG-Angebot und komfortable Speicherstände sorgten erneut für Preisdruck an den kurzfristigen Gasmärkten. Die Spotpreise gingen auf Wochenbasis um 12 Prozent zurück. Dadurch verringerten sich auch die Kostpreise zur Herstellung von konventionellem Wasserstoff. Der Hydex "Blue" und Hydex "Grey" notierten im Mittel bei 75 Euro/MWh (2,51 Euro/kg) bzw. 82 Euro/MWh (2,74 Euro/kg) und damit jeweils um 6 Euro/MWh (0,20 Euro/kg) niedriger als in der Vorwoche.

Grüner Wasserstoff gewann in der vergangenen Woche an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber konventionellem Wasserstoff. Der Hyspread "Green-Grey" notierte im Mittel bei 65 Euro/MWh (2,18 Euro/kg) und damit 29 Euro/MWh (0,98 Euro/kg) niedriger als in der Vorwoche. /**Andreas Gelfort, E-Bridge Consulting**

Der Wasserstoffindex Hydex ist kostenbasiert und bezieht sich auf die kurzfristigen Gesteuerungskosten von drei verschiedenen Technologien zur Herstellung von Wasserstoff, Elektrolyse (grün), Dampfreformierung mit (blau) und ohne (grau) CO₂-Speicherung. Entwickelt hat ihn das Beratungsunternehmen E-Bridge Consulting, er erscheint wöchentlich im Wasserstoff-Briefing von energate. Den aktuellen Stand finden Sie auch unter: <https://www.e-bridge.de>

EUROPA

DEKARBONISIERUNG

RWE plant CCS in Großbritannien

Essen (energate) - RWE könnte das Kohlendioxid von drei britischen Gaskraftwerken künftig abscheiden. Entsprechende Pläne gab das Unternehmen am 23. Mai bekannt. Demnach sollen bei zwei älteren Gaskraftwerken die Technologie zur Abscheidung und Speicherung von Kohlenstoff (kurz CCS - Carbon Capture and Storage) nachgerüstet werden. Zudem will RWE bei einem noch zu bauenden Gaskraftwerk mit einer Leistung von 800 MW in Stallingborough im Osten Großbritanniens ebenfalls die Technologie installieren.

Bei den beiden umzurüstenden Gaskraftwerken handelt es sich zum einen um das walisische Gaskraftwerk Pembroke mit einer Leistung von 2.200 MW, das seit 2012 in Betrieb ist. Zum anderen geht es um das Kraftwerk Staythorpe in der Nähe von Nottingham. Es kommt auf eine Leistung von 1.700 MW und ist seit 2010 am Netz. Tom Glover, RWE UK Country Chair sagte, grüne Gaskraftwerksprojekte seien wichtig, um "den Stromsektor zu dekarbonisieren, die Versorgungssicherheit zu unterstützen und gleichzeitig die Dekarbonisierung der Industrie in großem Maßstab zu ermöglichen". Großbritannien strebt eine Dekarbonisierung des britischen Stromsektors bis 2035 an./sd